

BVDA • Markgrafenstraße 15 • 10969 Berlin

per Email an: martin.rabanus@bundestag.de

Berlin, den 15. März 2025

Anliegen der kostenlosen Wochenzeitungen zum Start der Koalitionsverhandlungen

— Sehr geehrter Herr Rabanus,

mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen und die anstehende Regierungsbildung kommt eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe auf Sie zu. Für die nun anstehenden Gespräche wünschen wir Ihnen einen konstruktiven Dialog zum Wohle unseres Landes.

Der werbefinanzierte Lokaljournalismus der kostenlosen Wochenzeitungen richtet sich an alle Haushalte und erfüllt damit eine wichtige Funktion für unsere demokratische Gesellschaft. Mit der nahezu flächendeckenden Zustellung werden auch solche Teile der Bevölkerung erreicht, die sich vermehrt in digitale Blasen zurückgezogen haben. In Zeiten, in denen wir eine Zunahme an Desinformation und rechter Agitation in den sozialen Medien beobachten, ist die kostenlose Wochenzeitung somit ein wichtiges Korrektiv. Aufgrund der steigenden Zustellkosten sehen sich jedoch immer mehr Verlage gezwungen, ihre Verbreitungsgebiete zu verkleinern oder ganze Titel einzustellen – insbesondere im ländlichen Raum. So ist die Auflage der kostenlosen Wochenzeitungen seit der Corona-Pandemie um mehr als 40 Prozent zurückgegangen. Dort wo es keinen professionellen Lokaljournalismus mehr gibt, haben Populisten leichtes Spiel.

Eine staatliche Förderung von periodischen Presseerzeugnissen ist in den vergangenen beiden Legislaturperioden trotz mehrfacher Anläufe nicht auf den Weg gebracht worden. Vor diesem Hintergrund möchten wir Sie bitten, sich in den Koalitionsverhandlungen erneut für die Förderung von lokalen Medien einzusetzen. Dies beinhaltet neben einer direkten Unterstützung, z. B. über eine Zustellförderung, auch die Vermeidung zusätzlicher Belastungen für die Branche. Das Botensystem der kostenlosen Wochenzeitungen ist insbesondere durch steigende Zustellkosten – in Abhängigkeit vom Mindestlohn – in seiner Existenz gefährdet. Um die Versorgung der Bevölkerung mit kostenlosen Lokaljournalismus weiterhin aufrecht erhalten zu können, sehen wir folgende politische Weichenstellungen als unabdingbar an:

- Die derzeit diskutierte Erhöhung des Mindestlohnes ist gegenüber dem Werbemarkt in keiner Weise abzubilden, wenn diese zum Stichtag 1. Januar 2026 erfolgen würde. Wir fordern daher eine schrittweise Erhöhung, die den Unternehmen mehr Zeit gibt, sich auf die finanziellen Belastungen einzustellen.
- Die Verdienstgrenzen für Minijobs müssen in Abhängigkeit vom Mindestlohn mitwachsen, da die größtenteils geringfügig beschäftigten Zusteller/innen im Rahmen ihrer Tätigkeit sonst immer weniger Arbeitsstunden leisten können.
- Die vom BMAS vorgelegten Pläne zur Reform des Arbeitszeitgesetzes würden die Verlage im Zustellbereich vor weitere (die schon heute hohen) Kosten steigernde, bürokratische Herausforderungen stellen. Der BVDA fordert daher, den Ausnahmetatbestand der MiLoAufzV für mobile Arbeitnehmende in das Arbeitszeitgesetz aufzunehmen, der das etablierte Sollzeitenmodell in der Zeitungszustellung auch weiterhin zulässt.

Der werbefinanzierte Lokaljournalismus ist mehr denn je auf Ihre politische Unterstützung angewiesen, wenn er seine wichtigen gesellschaftspolitischen Funktionen weiterhin erfüllen soll. Insbesondere im Bereich der Zustellung sind alle Optimierungsmöglichkeiten der Verlage ausgereizt. Weitere Kosteneinsparungen könnten vielerorts nur noch über eine Einstellung der Versorgung erreicht werden.

Als weitere Hintergrundinformation finden Sie das aktuelle Positionspapier des BVDA anbei. Gern stehen wir Ihnen selbstverständlich auch für persönliche Gespräche zur Verfügung und würden uns über einen Terminvorschlag für eine kurze Abstimmung sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen



Alexander Lenders
BVDA-Präsident



Andreas Müller
BVDA-Vizepräsident